

## Niederschrift

### über die 7. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 13.04.2000 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

#### Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin ab 18:18 Uhr, während TOP Ö 4.	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Enseroth, Ina-Carola	Fraktion MBM/F.D.P.
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane bis 21:19 Uhr, während TOP Ö 10.	SPD-Fraktion
Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Ludwig, Anita (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike bis 23:18 Uhr, einschl. TOP Ö 28.	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schmidt, Maike bis 23:18 Uhr, einschl. TOP Ö 28.	Fraktion PETO
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea (Entschuldigt fehlend)	Fraktion Grüne
Stapper, Norbert	Fraktion Grüne
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
Voigt, Juliane bis 23:18 Uhr, einschl. TOP Ö 28.	Fraktion PETO
Von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.

Verwaltung

Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Bosbach, Hans	
Trost, Uwe	
Warden, Marion	
Müchler, Gerhard	
Brock, Hans Peter	
Mittmann, Georg	
Kirberg, Inge	Schriftführerin

Beginn der Sitzung 18:05 Uhr

Ende der Sitzung 00:12 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

- |       |           |  |
|-------|-----------|--|
| Ö 1.  |           | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit   |
| Ö 2.  |           | Kenntnisnahme der Niederschrift vom 24.02.2000   |
| Ö 3.  | 2000/0429 | Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen Ratssitzung vom 24.02.2000   |
| Ö 4.  | 2000/0420 | mona mare:<br>Umgestaltung zu einem "Kombi-Bad",<br>Aufgabe der Trennung zwischen Hallen- und Freibadbereich   |
| Ö 5.  | 2000/0394 | Hinterliegerproblematik bei Straßenreinigungsgebühren  |
| Ö 6.  | 2000/0371 | Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule  |
| Ö 7.  | 2000/0372 | Neufassung der Satzung der Musikschule   |
| Ö 8.  | 2000/0368 | Baumschutzsatzung  |
| Ö 9.  | 2000/0408 | Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Stadtgebiet der Stadt Monheim am Rhein  |
| Ö 10. | 2000/0418 | Konzept zur Abwehr von Gefahren durch gefährliche Hunde  |
| Ö 11. | 2000/0395 | Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des 2. Europa-Marktes unter dem Motto "England" am Samstag, dem 17.06.2000  |
| Ö 12. | 2000/0364 | Stadterneuerungsprojekt Berliner Viertel, Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf<br>- Zuordnung der Baumaßnahmen im Rahmen der Wiederinstandsetzung des Schlossparkes Marienburg sowie der weiteren<br>Parkentwicklung |
| Ö 13. | 2000/0417 | Umwidmung der Straßennamen / Bürgerantrag vom 17.12.1999   |
| Ö 14. | 2000/0435 | Einstellung der Discolinie   |
| Ö 15. | 2000/0412 | Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 1999   |
| Ö 16. | 2000/0419 | Lärmbelästigung Bürgerhaus Baumberg  |

- Ö 17. 2000/0421 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW  
Dr. Alexandra Dithmer u.a., Verresberger Straße 55  
"Einführung von Tempo 30 im Bereich Verresberger  
Straße/Holzweg"
- Ö 18. 2000/0422 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 20.03.2000  
"Befreiung von Hunden aus Tierheimen von der Hundesteuer"
- Ö 19. 2000/0423 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.03.2000  
"Terminierung von Sitzungen des Rates und der Ausschüsse"
- Ö 20. 2000/0424 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2000  
"Terminierung von Sitzungen des Rates und der Ausschüsse"
- Ö 21. 2000/0425 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.03.2000  
"Berufung eines ständigen Mitgliedes mit beratender Stimme in  
den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport"
- Ö 22. 2000/0426 Antrag der CDU-Fraktion vom 31.03.2000  
"Weitere Variante zur Gestaltung des Baumberger Dorfplatzes"
- Ö 23. 2000/0427 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2000  
"Einkaufszentrum am Holzweg: Attraktivitätssteigerung und  
verkehrssicherer, gefahrenfreier Fußgängerüberweg"
- Ö 24. 2000/0432 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2000  
"Soforthilfe für das Sojus 7"
- Ö 25. 2000/0428 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 28.03.2000  
"Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialhilfe"
- Ö 26. 2000/0431 Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.03.2000  
"Situation im Einzelhandel in Monheim am Rhein"

Ö 27. Mündliche Anfragen

Ö 28. Mündliche Mitteilungen

**Nichtöffentliche Sitzung :**

NÖ 29. Feststellung der Beschlussfähigkeit

NÖ 30. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 24.02.2000

NÖ 31. 2000/0430 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen  
Ratssitzung vom 24.02.2000

NÖ 32. 2000/0433 Vertragsangelegenheit

NÖ 33. Mündliche Anfragen

**Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Die Fraktion Die Grünen stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnung zu ändern und den Tagesordnungspunkt Ö 14 mona mare: Umgestaltung zu einem „Kombi-Bad“ vorzuziehen und unter TOP Ö 4 zu behandeln, um damit den vielen Bürgern gerecht zu werden, die zu diesem Thema die Ratssitzung besuchen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Bürgermeister wird diesen Tagesordnungspunkt unter der Bezifferung 3 a aufrufen, um eine Umnummerierung der folgenden Tagesordnungspunkte zu vermeiden und die Sitzungsleitung zu vereinfachen. Da in der Niederschrift aus programmtechnischen Gründen nur eine laufende Nummerierung möglich ist, wird der ursprüngliche TOP Ö 14 lfd. Nr. Ö 4 und die folgenden TOP verschieben sich entsprechend.

(In der Bürgerfragestunde - s. hinter TOP Ö 4. - bat ein Bürger aufgrund der weit fortgeschrittenen Zeit darum, den TOP Ö 15. Hinterliegerproblematik bei Straßenreinigungsgebühren vorzuziehen. Der Rat gab diesem Wunsch statt. Der Bürgermeister rief diesen Punkt unter der Ziffer 3 b auf. In der Niederschrift ist der ursprüngliche TOP Ö 15 lfd. Nr. 5 und die folgenden TOP verschieben sich ebenfalls entsprechend.)

Die in dieser Niederschrift enthaltene Tagesordnung entspricht dem Verhandlungsverlauf der Sitzung.

Die SPD-Fraktion stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnung zu erweitern um eine erneute Diskussion zum in der letzten Sitzung beschlossenen verkaufsoffenen Sonntag am 30.04.2000. Sie bezieht sich auf einen Brief, den alle Ratsmitglieder erhalten haben und womit sich der Rat beschäftigen sollte.

Die Fraktion Die Grünen teilt zwar inhaltlich die in dem erwähnten Brief vertretene Position, spricht sich jedoch gegen den Antrag aus, da der Rat nach der Gemeindeordnung ein halbes Jahr an Beschlüsse gebunden ist.

Auch die CDU-Fraktion spricht sich gegen den Antrag aus. Sie macht insbesondere deutlich, dass die Antragsteller des verkaufsoffenen Sonntags Anspruch auf Rechtssicherheit haben müssen.

Der Antrag wird bei 11 Stimmen dafür (SPD) mit 26 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) abgelehnt.

**Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 24.02.2000**

Der Rat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

**Ö 3. 2000/0429 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen Ratssitzung vom 24.02.2000**

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Ö 4. 2000/0420 mona mare:  
Umgestaltung zu einem „Kombi-Bad“,  
Aufgabe der Trennung zwischen Hallen- und Freibadbereich**

Die CDU-Fraktion bekräftigt in ihrer Stellungnahme ihre beim Errichtungsbeschluss 1995 vertretene Auffassung, dass das mona mare in der Stadt aus sozialen, schulischen und sportlichen Gründen gebraucht wird. Sie führt aus, dass bei diesem Errichtungsbeschluss feststand, dass ein jährlicher Zuschussbedarf für das Bad erforderlich sein würde. Dieser wurde einschließlich der Kapitalkosten auf 2,4 Mio. DM jährlich beziffert, wobei die reinen Betriebskosten mit 1,4 Mio DM angegeben waren. Diese lagen damit um 300 000 DM niedriger als die Kosten für die damaligen zwei Bäder. Sie betont, dass die heute vorliegenden Zahlen eine weitere Unterhaltung des Badbetriebes in der bisherigen Form als wirtschaftlich nahezu unvertretbar erscheinen lassen, weil der tatsächliche jährliche Zuschussbedarf laut mittelfristiger Finanzplanung ca. 3,5 bis 3,6 Mio. DM beträgt, was einen Zuschuss von ca. 36 Mio. DM in den nächsten zehn Jahren bedeutet. Sie hält dies für die Finanzkraft der Stadt nicht mehr vertretbar und betont die Pflicht, alle in der Verwaltungsvorlage vorgestellten Möglichkeiten zur dringend erforderlichen Kürzung des Zuschussbedarfs auf ihre Realisierbarkeit und die Folgen hin zu untersuchen. Sie verweist auf die schwierige Aufgabe, das mona mare aus schulischen, sozialen und sportlichen Gründen zu erhalten und der dringend erforderlichen Kürzung des Zuschussbedarfs.

Die CDU-Fraktion favorisiert die in der Verwaltungsvorlage vorgestellte Variante F mit folgenden Ergänzungen:

- ◆ Ab der Saison 2001 wird die bisherige Trennung zwischen Hallen- und Freibad aufgehoben. Es gibt keine Freibad- bzw. Hallenbadschwimmer mehr, die ihrem Freizeitvergnügen, ihren sportlichen Betätigungen oder ihren „Wellness“-Aktivitäten, getrennt durch einen Zaun und mit unterschiedlichen Eintrittspreisen belastet, nachgehen. Es gibt nur noch Besucher eines Allwetterbades, das in beiden Bereichen zu einem Eintrittspreis benutzt werden kann. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann man tatsächlich von einem Allwetterbad reden. In den Ferienzeiten sollen, aus sozialen Erwägungen heraus, für Kinder und Jugendliche ermäßigte Eintrittspreise gelten.
- ◆ Damit im Außenbereich die Attraktivität erhöht wird, soll das schon vorhandene in den Außenbereich führende beheizte Becken zu einem 10 x 20 m Becken erweitert werden. Hinzu kommen erforderliche Dusch- und Watbecken, um Verschmutzungen in Grenzen halten zu können.
- ◆ Vorhandene Pflasterflächen werden teilweise rückgebaut und zu Liegewiesen umgestaltet.
- ◆ Das Nichtschwimmerbecken wird rückgebaut.
- ◆ Der Sprungturm wird samt Becken saniert und bleibt erhalten, da gerade der Sprungbeckenbereich lt. Aussage des mona mare ein besonderer Magnet für Kinder und Jugendliche ist.
- ◆ Die bisher ungenutzte Parkplatzfläche wird erschlossen und soweit möglich für ein Beachvolleyballfeld, ein Badmintonfeld, ein Basketballfeld und im restlichen Teil als Liegewiese genutzt.
- ◆ Die Kapazität der Umkleiden wird, sofern erforderlich, angepasst.

◆ Die südwestliche Restliegewiese wird überplant und veräußert.

Die Fraktion macht deutlich, dass durch ihren Vorschlag

⇒ die nötigen Investitionen durch die Veräußerung der Restliegewiese getätigt werden können,

⇒ der Schuldenstand des Unternehmens und in Folge der Zuschussbedarf gesenkt werden kann,

⇒ die Attraktivität des Allwetterbades erhöht wird,

⇒ die Leistungen für die Besucher verbessert werden.

Sie hält diesen Maßnahmenkatalog für den anzustrebenden Kompromiss zwischen Wünschenswertem und Machbarem.

Um in dieser für die gesamte Stadt wichtigen Frage mehr Demokratie zu wagen, will sie heute jedoch nicht darüber beschließen, sondern die Bürger befragen, anstatt über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. Sie macht deutlich, dass eine solche Bürgerbefragung zwar keine bindende Wirkung auf die Entscheidung des Rates hat, sagt jedoch zu, sich einem eindeutigen Votum nicht zu verschließen.

Die CDU-Fraktion macht folgenden Beschlussvorschlag:

1. Das Freibad wird in seiner bisherigen Form in der Saison 2000 weiter betrieben. Entsprechende punktuelle Unterhaltungsmaßnahmen sind vorzunehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgerbefragung zur Wirtschaftlichkeit der künftigen Nutzung des Allwetterbades mona mare vorzubereiten.
3.  
An dieser Befragung dürfen alle bei einer Kommunalwahl Wahlberechtigten teilnehmen, d.h. alle Bürgerinnen und Bürger, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, zuzüglich EU-Bürger.
4. Den Bürgerinnen und Bürgern sind folgende drei Varianten der Beschlussvorlage vorzulegen:
  - Variante A (Alles bleibt wie es ist, nur das Nichtschwimmerbecken wird auf 2/3 der Fläche durch ein Edelstahlbecken saniert.)
  - Variante D (Das Freibad wird komplett geschlossen und die Liegewiese überplant und verkauft.)
  - Variante F (mit Ergänzungen - Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion)
5. In einer von der Verwaltung vorzubereitenden Broschüre sollen die drei Varianten sowie ihre wirtschaftlichen Auswirkungen vorgestellt werden. Diese Broschüre ist an jeden Haushalt als Postwurfsendung zu verteilen.
6. In vier öffentlichen Bürgerversammlungen sollen die Bürgerinnen und Bürger von der Verwaltung sowie von der Geschäftsführung der Allwetterbad Stadt Monheim GmbH über alle drei Varianten umfassend informiert werden. Folgende Veranstaltungstermine und Veranstaltungsorte sind vorgesehen:

05.05.2000 Ratssaal

09.05.2000 Bürgerhaus Baumberg

10.05.2000 Foyer mona mare

11.05.2000 Festhalle Bormacher

Die Veranstaltungen sollen jeweils um 19 Uhr beginnen.

7. Die Bürgerbefragung wird anlässlich der Landtagswahl am 14. Mai 2000 stattfinden. Entsprechende Formulare, auf denen die verschiedenen Variantenentscheidungen angekreuzt werden können, werden neben dem normalen Wahlgang zur Landtagswahl ausgehändigt.

Die Fraktion Die Grünen geht in ihrer Stellungnahme auf die Grundsatzentscheidung zur Bäderfrage vom 23.05.1995 ein. Sie erinnert an ihre Warnung, ein solch überdimensioniertes Bad zu bauen, das auf Dauer nicht finanzierbar ist und ihren Vorschlag, das Freibad zu erhalten und im übrigen auf das Freibadgelände ein zweckmäßiges Hallenbad für Vereine, Schulen und zum Sportschwimmen zu errichten. Sie stellt fest, dass nach dem Beschluss von CDU und SPD, das mona mare für 13 Mio. DM zu bauen, heute, fünf Jahre nach dem Grundsatzbeschluss, ein jährliches Defizit von 3,45 Mio. DM verursacht wird, da der Bau des mona mare 18 Mio. DM verschlang.

Die Fraktion ist der Meinung, dass sich die Stadt ein jährliches Defizit von 3,5 Mio. DM für das mona mare nicht leisten kann, Mittel, die sie für Jugendeinrichtungen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen oder Freizeitangebote für SeniorInnen nicht zur Verfügung hat.

Zur Verwaltungsvorlage stellt die Fraktion Die Grünen fest, dass alle vorgestellten Varianten die Gemeinsamkeit haben, dass auch nach ihrer Umsetzung ein Defizit von über 3 Mio. DM zu erwarten ist. Die von der Verwaltung favorisierte Variante C koste zudem ein attraktives Grundstück, auf dem eine Wohnbebauung zugelassen werden soll, die sich wie eine Barriere zwischen das Bad und den Krämer-See schiebt und wahrscheinlich auch nicht schön aussehen wird. Die Fraktion Die Grünen will das Freibadgrundstück zwar auch kapitalisieren, es aber im Eigentum der Allwetterbad GmbH belassen mit dem Ziel, ein Defizit von unter 3 Mio. DM zu erreichen. Sie plädiert für ihre Variante G, die vorsieht, bis zur Ratssitzung am 08.06.2000 einen Gutachter mit einem Konzept zu beauftragen, das die Wirtschaftlichkeit des Bades überprüft und versucht, Investoren für das Bad zu interessieren. Zugleich soll die Rahmenplanung Monheim-Süd vorangetrieben werden, damit der Rat am 08.06.2000 aus beiden Ansätzen eine Variante G entwickelt, die den Bürgerinnen und Bürgern mit weiteren drei Varianten zur Entscheidung gegeben wird. Sie geht davon aus, dass die Baddiskussion nicht isoliert ohne die Einbeziehung des lokalen Umfeldes beraten und entschieden werden darf, da die Frage der Wohnbebauung auf dem verkauften Teil des Grundstücks auch Konsequenzen für die Rahmenplanung Monheim-Süd hat. Sie sieht in ihrem Vorschlag den Vorteil, dass eine externe Fachberatung in die weitere Planung mit einbezogen und die Frage einer Attraktivitätssteigerung des gesamten Bades auch unter Zuhilfenahme eines Investors geklärt wird. Zugleich besteht nach ihrer Auffassung die realistische Chance, das Grundstück weiterhin im Eigentum zu behalten und eine Versiegelung zu verhindern.

Die Fraktion Die Grünen stellt fest, dass Konsequenz ihres Antrages ist, die Bürgerbefragung um vier Wochen zu verschieben. Sie begrüßt diese Bürgerbefragung, betrachtet die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger jedoch nur dann als für den Rat verbindlich, wenn mindestens 25 % aller Wahlberechtigten daran teilnehmen. Ein geringeres Quorum hält sie für nicht akzeptabel.

Auch der Vertreter der MBM geht zunächst auf die Bäder-Grundsatzentscheidung von 1995 ein. Er ist der Meinung, dass damals schon jeder hätte wissen können, dass die Entscheidung in die

Kostenfälle führen würde und vertritt die Auffassung, dass die Zahlen des damaligen Gutachtens geschönt und getürkt waren, um eine Kostendeckung herbeizureden. Er bezeichnet die Zahlen über Besucher und Eintrittspreise als Luftnummern, die zu einem Luftschloss zusammengefügt wurden, auf das sich damals die Fraktionen von SPD und CDU stützten. Er erinnert daran, dass damals die zwei bezahlbaren der vorliegenden fünf Alternativen von vornherein von einer Prüfung ausgeschlossen wurden.

Der Vertreter der MBM hält sowohl den heute vorliegenden Verwaltungsvorschlag als auch den Vorschlag der CDU-Fraktion für schädlich und kurzfristig. Er vertritt die Auffassung, dass die Stadt ein Freibad braucht und dies unbedingt erhalten werden muss. Für kurzfristig hält er es, eine solch wertvolle Freizeitanlage unwiederbringlich zu vermarkten, um schnelles Geld in die Kasse zu bekommen. Er verweist darauf, dass mit dem Erlös lediglich der Zuschussbedarf für ein Jahr gedeckt werden kann und das bestehende Problem damit nicht gelöst ist. Er macht deutlich, dass alle Varianten keine Lösung bringen und nur eine ganz grundlegende Analyse der Finanzstruktur der gesamten Anlage, wie die Bädergesellschaft in Essen anmahnt, überhaupt weiterhelfen kann. Eine Verpachtung, die die Verwaltung in der Vorlage ausschließt, hält er sehr wohl für einen Weg, um das Bad zu retten, ohne private Beteiligung sieht er dafür keine Chance.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bezeichnet die Verwaltungsvorlage als brauchbare Entscheidungshilfe, kritisiert jedoch das Verfahren, das heute in einen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion mündet. Sie äußert ihre Verärgerung darüber, dass eine vom Bürgermeister in den Medien angekündigte neue Idee nicht als Beschlussvorlage der Verwaltung vorliegt, sondern heute von der CDU-Fraktion eingebracht wird.

Die SPD-Fraktion stimmt einer Bürgerbefragung zu, hält es jedoch für wesentlich, dass hierfür die Kriterien festgelegt werden. Sie erwartet hierzu eine Vorlage der Verwaltung, aus der hervorgeht, wer gefragt wird (was ist mit den ausländischen Mitbürgern, die nicht EU-Bürger sind?), wie eine solche Befragung durchgeführt werden kann, ob zusätzliches Personal in den Wahlbüros erforderlich ist, ob zusätzliche Räume erforderlich sind und vor allem welchen Stellenwert das Ergebnis haben soll.

Die SPD-Fraktion betont, dass es für sie in dieser Diskussion nicht um mehrere Varianten, sondern um die Grundsatzentscheidung geht, Freibad ja oder nein. Die Gestaltung des Angebotes des Allwetterbades bei einer Entscheidung gegen das Freibad hält sie für nachgelagerte Entscheidungen. Die Frage, braucht die Stadt, insbesondere auch angesichts der Bevölkerungsstruktur, ein Freibad mit einem bezahlbaren Angebot, wird von der SPD-Fraktion klar und nachdrücklich bejaht, da sie von der Notwendigkeit dieses Angebotes überzeugt ist. Sie macht deutlich, dass dies auch bei der Entscheidung zum Bau des Allwetterbades immer unstrittig war und das Freibad als Ergänzung zum Angebot des Allwetterbades gesehen wurde. Aus diesem Grunde schließt sie den Verkauf des Grundstücks und dessen Bebauung aus, zumal damit eine Reduzierung des Zuschussbedarfs nicht erreicht wird. Sie ist der Meinung, dass die vorgestellten Varianten C bis F dem Anliegen Erhalt des Freibades nicht gerecht werden und auch eine Ausweitung des bisherigen mona mare-Angebotes absolut kein vergleichbarer Ersatz für ein Freibad ist, zumal auch die Zahl der Besucher aus Kapazitätsgründen begrenzt werden müsste. Die SPD-Fraktion macht deutlich, dass die Diskussion nicht nur unter wirtschaftlichen, sondern auch unter sozialen Gesichtspunkten geführt werden muss und auch der Bevölkerung klar ist, dass der Betrieb eines Freibades nicht kostendeckend sein kann. Aus diesem Grunde hält sie es für wichtig, dass diese Frage auch eine wesentliche Rolle bei der Befragung der Bürger spielen muss.

Die SPD-Fraktion stimmt heute einer Bürgerbefragung zu, weitergehenden Beschlüssen nicht. Dabei geht sie davon aus, dass die Verwaltung kurzfristig klarlegt, welche Modalitäten für die Befragung der Bürger gelten sollen.

Der Vorschlag der Fraktion Die Grünen, den Zeitpunkt der Bürgerbefragung zu verschieben, sei zu überlegen. Allerdings hält die SPD-Fraktion ein weiteres Gutachten für überflüssig.

Die Vertreterin der F.D.P. unterstreicht, dass sie es nicht als kommunale Aufgabe ansieht, ein Spaß- und Funbad aufrechtzuerhalten und im Gegenzug ein Freibad mit niedrigen Preisen zu schließen. Sehr wohl als kommunale Aufgabe sieht sie es an, für niedrige Preise Freizeitangebote aufrechtzuerhalten.

Sie kritisiert den Vorschlag der CDU-Fraktion, in den Ferienzeiten für Kinder und Jugendliche ermäßigte Preise anzubieten, als nicht weit genug gehend. Außerdem ist sie der Meinung, dass, wenn man die Bürger befragen will, auch alle Varianten Bestandteil dieser Befragung sein sollen. Sie unterstützt den Antrag der Fraktion Die Grünen insofern, als die Investoren-Lösung in ihrem Sinne ist. Als Schwierigkeit bezeichnet sie, dass der Vorschlag nach sich zieht, die Bürgerbefragung nicht am Tage der Landtagswahl stattfinden lassen zu können. Bei einem separaten Termin sieht sie die Gefahr, dass ein Quorum von 25 % nicht zustande kommt und plädiert in diesem Falle für eine Senkung auf 15 %.

An diese Stellungnahmen der Fraktionen schließt sich eine Diskussion an, in der Sprecher der Fraktionen von SPD, CDU, Grüne und MBM/F.D.P. nochmals ihre Standpunkte verdeutlichen. Der Bürgermeister macht deutlich, dass durch die Bürgerbefragung ein Stimmungsbild erzielt wird, auf dessen Grundlage der Rat weiterarbeiten kann. Dies schließt nicht das Recht aus, nach der Entscheidung des Rates ein Bürgerbegehren oder einen Bürgerentscheid durchzuführen. Er verweist auf das im Jahre 2001 aufgrund des dann nicht mehr ausgeglichenen Haushalts zu erwartende Haushaltssicherungskonzept, das der Stadt die Entscheidungsbefugnis nimmt und konkrete Vorgaben hinsichtlich freiwilliger Leistungen macht.

Auf Antrag der CDU-Fraktion unterbricht der Bürgermeister die Sitzung von 19:48 bis 20:05 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung lehnt die CDU-Fraktion eine Terminverschiebung der Bürgerbefragung, wie von der Fraktion Die Grünen beantragt, ab, da dies zu einer Verzögerung führen würde. Sie hält ihren Antrag aufrecht.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion, so sehr sie auch das Verfahren, das zu diesem Beschlussvorschlag führte, für falsch hält, zu. Sie bittet darum, dass die Modalitäten für die Bürgerbefragung und die zu erarbeitende Bürgerbroschüre in einem interfraktionellen Gespräch vorgestellt werden. Außerdem erbittet sie dringend eine Stellungnahme zu der Aussage aus der CDU-Fraktion und der Fraktion MBM/F.D.P. hinsichtlich manipulierter und getürkter Zahlen bei der 1995 getroffenen Grundsatzentscheidung.

Der Bürgermeister sagt die gewünschte kurzfristige Vorstellung der Kriterien für die Bürgerbefragung und der Informationsbroschüre für die Bürger im interfraktionellen Gespräch zu.

Die Fraktion Die Grünen stellt folgenden Antrag und beantragt hierzu geheime Abstimmung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gutachten bei der Deutschen Gesellschaft für das Bäderwesen in Auftrag zu geben. Die Kosten werden auf max. 20 000 DM festgesetzt. Das Gutachten ist in der Ratssitzung am 08.06.2000 vorzulegen. Die Verwaltung präzisiert bis zur Ratssitzung am 08.06.2000 die Rahmenplanung Monheim-Süd. In der Ratssitzung am 08.06.2000 wird eine Freibadvariante G entwickelt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, am letzten Sonntag vor den Sommerferien eine Bürgerbefragung entsprechend den Modalitäten des CDU-Antrages durchzuführen, wobei ein Quorum von 15 % Beteiligung festgesetzt wird. Den Bürgern sind die Verwaltungs-Varianten

Der Antrag auf geheime Abstimmung wird bei 4 Stimmen dafür mit 34 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion Die Grünen wird bei 6 Stimmen dafür (2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) mit 32 Stimmen (BM, 19 CDU, 12 SPD) abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei 4 Gegenstimmen (2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) und 2 Enthaltungen (Grüne) mit 32 Stimmen (BM, 19 CDU, 12 SPD) angenommen.

Der Bürgermeister wird einen Termin für ein interfraktionelles Gespräch, in dem die Details für die Bürgerbefragung und die Informationsbroschüre vorgelegt werden sollen, nach der Sitzung mit den Vorsitzenden der Fraktionen abstimmen.

Der Kämmerer nimmt zu den Vorwürfen aus den Fraktionen der CDU und der MBM/F.D.P. hinsichtlich getürkter Zahlen bei der 1995 getroffenen Grundsatzentscheidung Stellung. Er betont, dass bei den damals vom Gutachter bewerteten verschiedenen Varianten eine Variante mit Baukosten von 18 Mio. DM war. Hier kam der Gutachter zu einem jährlichen Fehlbetrags-Ergebnis von 3,3 bis 3,4 Mio. DM. Der Rat hat jedoch eine Variante gewählt, die von Baukosten in Höhe von 13 Mio. DM ausgegangen ist. Hierauf basieren die damaligen Ratsvorlagen und die Entscheidung des Rates. Der Fehlbetrag wurde hier mit 2,4 Mio. DM ermittelt. Im Laufe der Beratungsprozesses im Aufsichtsrat und im Rat wurden dann Änderungen beschlossen, die zum Zeitpunkt des Gutachtens nicht bekannt waren, u.a. zusätzliches Fitness-Becken, Sanierung der Technik des Freibades, Verringerung des Durchschnittserlöses der Einnahmen, Erweiterung der Betriebszeiten. Allein der zusätzliche Fehlbetrag aus dem laufenden Betrieb aufgrund der geänderten Planung während des Verfahrens beträgt 1,1 Mio. DM. Der Kämmerer macht deutlich, dass dem Aufsichtsrat und dem Rat jeweils entsprechende Informationen vorlagen und auch dort zur Kenntnis genommen worden sind. Er stellt fest, dass die damaligen Zahlen korrekt waren. Sie gingen ursprünglich von anderen Voraussetzungen aus. Aufgrund der im Verfahren getroffenen politischen Entscheidungen erhöhten sich die Baukosten und der Nutzungsumfang, was automatisch eine Steigerung der Betriebskosten nach sich zieht.

## **Bürgerfragestunde**

**Beginn: 20.22 Uhr**

Ein Bürger stellt die Frage, wie der Rat damit umgehen will, dass sich eine breite Ablehnungsfront gegen verkaufsoffene Sonntage gebildet hat.

Der Bürgermeister antwortet, dass die geäußerte Kritik nicht ignoriert wird. Er kündigt eine Grundsatzdiskussion über diese Frage an, in der man sich mit den kritischen Argumenten intensiv auseinandersetzen und festlegen wird, wie viele verkaufsoffene Sonntage in der Stadt zugelassen werden sollen. In diese Diskussion sollen jedoch auch die Interessen des Einzelhandels mit einbezogen werden.

In der Ratssitzung vom 24.02.2000 hatte ein Bürger den im Rahmen der Umgestaltungsarbeiten am Steglitzer Platz errichteten Sandkasten als für Kinder gefährlich kritisiert und angefragt, ob hier Abhilfe möglich ist. Dieser Bürger hält die inzwischen durch die Verwaltung veranlassten

Maßnahmen für nicht ausreichend und stuft den Sandkasten nach wie vor als sehr gefährlich für Kinder ein. Er fragt an, ob die Verwaltung nochmals tätig wird.  
Der Bürgermeister sagt eine nochmalige Überprüfung zu.

Aus der Zuhörerschaft kommt die Bitte eines Bürgers, den Tagesordnungspunkt Ö 15 in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit vorzuziehen.  
Der Rat entspricht dieser Bitte. (s. hierzu TOP Ö 1.)

**Ende der Bürgerfragestunde: 20:28 Uhr**

### **Ö 5. 2000/0394 Hinterliegerproblematik bei Straßenreinigungsgebühren**

Auf Wunsch aus der CDU-Fraktion erläutert die Verwaltung den Gebührenmaßstab Grundstücksfläche.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass diese schwierige Problematik den Bürgern kaum zu vermitteln ist und von vielen als ungerecht empfunden wird. Gleichwohl entspricht sie ständiger Rechtsprechung. Er sagt auf die Bitte aus der CDU-Fraktion zu, dass die Verwaltung dieses Thema weiter verfolgen und in einer der nächsten Sitzungen neue Vorschläge vorlegen wird.

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Hinterliegerproblematik bei der Veranlagung zur Straßenreinigungsgebühr zur Kenntnis.

### **Ö 6. 2000/0371 Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule**

#### **Beschluss**

Die Entgeltordnung für die Musikschule wird in vorgelegter Fassung beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses (die Änderungen sind fett gedruckt).

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

### **Ö 7. 2000/0372 Änderungssatzung zur Satzung der Musikschule**

#### **Beschluss**

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Musikschule wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Änderungssatzung (Anlage 1) ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 8. 2000/0368 Baumschutzsatzung**

Aus der Fraktion Die Grünen wird auf ihre Bitte im Fachausschuss verwiesen, die Satzung in einer Broschüre für die Bürger transparenter zu machen und dafür zu werben, Bäume in der Stadt zu erhalten. Sie erweitert diese Bitte dahingehend, dass in dieser Broschüre darauf hingewiesen wird, dass auch auf kleinen Grundstücken Maßnahmen wie Heckenanpflanzungen, Begrünung von Garagendächern und Fassadenbegrünungen Kosten sparen, das Stadtklima verbessern und ein ästhetischer Gewinn sind.

Die Verwaltung sagt zu, diese Anregung aufzunehmen.

### **Beschluss**

Die „Satzung zum Schutz des Baum- und Heckenbestandes der Stadt Monheim am Rhein (Baum- und Heckenschutzsatzung)“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 9. 2000/0408 Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Stadtgebiet der Stadt Monheim am Rhein**

Die CDU-Fraktion beantragt folgende Änderungen der vorgelegten Verordnung:

- Streichung des § 2 Abs. 2 Buchst. a) (aggressives Betteln)
- Streichung des § 2 Abs. 2 Buchst. c) (Urinieren an öffentlichen Plätzen)
- Streichung des Bereichs 1 aus der Anlage zu § 5 Abs. 2 (Ausnahme vom Anleinzwang im Rheinbogen)

Die Vertreterin der F.D.P. hält die Verordnung für überflüssig, da die bestehenden bundes- und landesgesetzlichen Regelungen ausreichen und vertritt die Auffassung, dass eine solche Verordnung den Bürgerinnen und Bürgern Angst macht.

Die SPD-Fraktion stimmt der neuen Verordnung nicht zu, da sie die bestehende Verordnung für vollkommen ausreichend hält, wenn deren Einhaltung überwacht wird.

Der Vertreter der MBM kritisiert die von der CDU-Fraktion beantragte Herausnahme der Auslauffläche für Hunde im Monheimer Rheinbogen und fordert hierfür eine Ausgleichsfläche.

CDU-Fraktion und Verwaltung machen deutlich, dass im Rheinbogen die Bestimmungen des Landschaftsgesetzes, des Naturschutzgesetzes und des Jagdgesetzes gelten und in Widerspruch zu der in der Verordnung vorgesehenen Ausnahme vom Anleinzwang stehen.

### **Beschluss**

Die vorgelegte Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

- Streichung des § 2 Abs. 2 Buchst. a) (aggressives Betteln)
- Streichung des § 2 Abs. 2 Buchst. c) (Urinieren an öffentlichen Plätzen)
- Streichung des Bereichs 1 aus der Anlage zu § 5 Abs. 2 (Ausnahme vom Anleinzwang im Rheinbogen)

Die Verordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 24 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Grüne, 2 Peto)  
dagegen 14 Stimmen (12 SPD, 2 MBM/F.D.P.)

**Ö 10. 2000/0418 Konzept zur Abwehr von Gefahren durch gefährliche Hunde**

Der Bürgermeister sagt einen Erfahrungsbericht zum gegebenen Zeitpunkt zu.

**Beschluss**

Das Konzept zur Abwehr von Gefahren durch gefährliche Hunde wird in der vorgelegten Form beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 11. 2000/0395 Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des 2. Europa-Marktes unter dem Motto "England" am Samstag, dem 17.06.2000**

**Beschluss**

Die beigefügte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß wird beschlossen.

Die Verordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 35 Stimmen (BM, 19 CDU, 10 SPD, 1 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)  
dagegen 2 Stimmen (1 SPD, 1 Grüne)

**Ö 12. 2000/0364 Stadterneuerungsprojekt Berliner Viertel, Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf  
- Zuordnung der Baumaßnahmen im Rahmen der Wiederinstandsetzung des Schlossparkes Marienburg sowie der weiteren Parkentwicklung**

## **Beschluss**

Die Baumaßnahmen im Rahmen der Wiederinstandsetzung des Schlossparkes Marienburg sowie die Maßnahmen der weiteren Parkentwicklung werden dem Stadterneuerungsprojekt Berliner Viertel, Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, zugeordnet.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 13. 2000/0417 Umwidmung der Straßennamen / Bürgerantrag vom 17.12.1999**

Die CDU-Fraktion spricht sich für die Alternative 2 der Verwaltungsvorlage aus, da dieses Straßenteilstück unmittelbar an den Marienpark grenzt.

Auch die Fraktion Die Grünen ist für diese Alternative, da sie einen Mittelweg bedeutet, der allen Interessen gerecht wird.

Die SPD-Fraktion macht deutlich, dass auch die seit 40 Jahren bestehende Straßenbezeichnung Heerweg eine Tradition hat, sieht deshalb keine Veranlassung zur Umbenennung und plädiert für die Alternative 3.

## **Beschluss**

Das Teilstück des Heerweges zwischen Frohnstraße und Delitzscher Straße wird unter Beibehaltung der Hausnummerierung auf der westlichen Straßenseite in „Parkstraße“ umbenannt.

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür 26 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen 11 Stimmen (SPD)

## **Ö 14. 2000/0435 Einstellung der Discolinie**

Aus der CDU-Fraktion wird über die Beratungen im Jugendhilfeausschuss berichtet. Die Fahrten der Discolinie am Mittwoch werden aufgrund der Nichtannahme dieses Angebotes eingestellt. Da auch die Fahrten am Freitag nicht ausgelastet sind, behält man sich vor, auch diese Linie einzustellen. Z.Z. wird die Möglichkeit von Sammeltaxis geprüft.

Aus der Fraktion Die Grünen wird der Sinn der Discolinie insgesamt in Frage gestellt, da sie es für schwierig hält, das Freizeitverhalten der Jugendlichen zu begleiten. Sie verweist darauf, dass auch Monheimer Erwachsene abends Schwierigkeiten haben, mit öffentlichen Verkehrsmitteln wieder nach Hause zu kommen und plädiert dafür, das Thema Sammeltaxi offensiv zu prüfen.

Aus der SPD-Fraktion wird darauf verwiesen, dass der Jugendhilfeausschuss entsprechende Prüfaufträge an die Verwaltung erteilt hat und sich weiterhin mit dem Thema beschäftigen wird.

## **Beschluss**

Die Fahrten der Discolinie am Mittwoch werden aufgrund zu geringer Auslastung eingestellt. Die Bahnen der Stadt Monheim werden beauftragt, ein entsprechendes Sondergenehmigungsverfahren zur Einstellung dieser Fahrten bei der Bezirksregierung einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 15. 2000/0412 Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht  
für das Haushaltsjahr 1999**

**Beschluss**

Das Ergebnis der Jahresrechnung sowie der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 1999 werden zur Kenntnis genommen.

Die Haushaltsrechnung wird mit dem Rechenschaftsbericht dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gemäß § 94 GO NW zugeleitet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 16. 2000/0419 Lärmbelästigung Bürgerhaus Baumberg**

Es kommt zu einer Diskussion zu den Ziffern 1.6 und 2.2 der Sachdarstellung, wonach anfallende Kosten für den Einsatz des Hausmeisters anteilmäßig auf die Nutzer und Nutzerinnen des Bürgerhauses umgelegt werden sollen. Übereinstimmend sind die SPD- und die CDU-Fraktion der Meinung, dass den Vereinen keine zusätzlichen Kosten entstehen dürfen.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass Mehrleistungen ihren Preis haben. Er sagt eine Überprüfung und Überarbeitung der Entgeltordnung für das Bürgerhaus zu.

Auf die Fragen aus der Fraktion Peto teilt die Verwaltung mit, dass hinsichtlich des Bandkellers bereits entsprechende Absprachen getroffen worden sind und der Hausmeister beauftragt wird, die richtigen Wege zu finden, um auf Jugendliche einzuwirken, die sich vor dem Gebäude aufhalten.

Der Rat nimmt die durch die Verwaltung eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung der durch das Bürgerhaus Baumberg ausgehenden Lärmbelästigung zur Kenntnis.

**Ö 17. 2000/0421 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW  
Dr. Alexandra Dithmer u.a., Verresberger Straße 55  
"Einführung von Tempo 30 im Bereich Verresberger  
Straße/Holzweg"**

Die CDU-Fraktion führt aus, dass dieser Antrag in ihr Konzept passt, flächendeckend Tempo 30 in Wohngebieten einzuführen. Insofern stimmt sie dem Antrag zu, ist jedoch der Meinung, dass auf der gesamten Verresberger Straße und auch auf den Stichstraßen der Verresberger Straße, sofern sie nicht schon als Spielstraßen ausgewiesen sind, Tempo 30 angeordnet werden sollte.

Die SPD-Fraktion stimmt diesem Vorschlag zu, mahnt in diesem Zusammenhang jedoch die schnellstmögliche Fertigstellung des Verkehrsentwicklungsplanes an.

## **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich entsprechend der StVO noch einzuholender Stellungnahmen der Polizei und der Bahnen der Stadt Monheim am Rhein die Verresberger Straße und deren Stichstraßen, sofern sie nicht bereits als Spielstraßen ausgewiesen sind, mittels Zeichen 274-53 StVO auf eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h zu begrenzen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

Ratsherr Stapper hatte zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe angezeigt und im Zuhörerraum Platz genommen.

## **Ö 18. 2000/0422 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 20.03.2000 "Befreiung von Hunden aus Tierheimen von der Hundesteuer"**

In der Diskussion sprechen sich die Fraktion Peto und die Vertreterin der F.D.P. für den Antrag aus. Die SPD-Fraktion hält nichts von diesem Vorschlag. Der Vertreter der MBM ist nicht dafür, eine Steuerbefreiung auf Hunde aus dem Tierheim Hilden zu beschränken. Die Fraktion Die Grünen verweist auf ihren bereits früher gestellten ähnlichen Antrag. Die CDU-Fraktion beantragt, das Thema Hundesteuer insgesamt in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zu behandeln und den Antrag in diesem Zusammenhang mit zu beraten. Diesem Antrag wird bei 3 Gegenstimmen (2 Peto, 1 F.D.P.) und 1 Enthaltung (MBM) mit 33 Stimmen (BM, 19 CDU, 11 SPD, 2 Grüne) zugestimmt.

## **Ö 19. 2000/0423 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.03.2000 "Terminierung von Sitzungen des Rates und der Ausschüsse"**

Herr Bürgermeister Dünchheim ruft die Tagesordnungspunkte Ö 19 und Ö 20 gemeinsam zur Beratung auf.

Die Fraktion Die Grünen spricht sich für den Vorschlag der CDU-Fraktion aus. Sie ist der Überzeugung, dass sich der Sitzungsverlauf und die Dauer der Sitzungen nach den durch die Kommunalwahl veränderten Mehrheitsverhältnissen im Rat zukünftig wieder normalisieren werden. Außerdem hält sie es für überlegenswert, evtl. den Sitzungsrhythmus zu ändern.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass der seit 30 Jahren übliche Sitzungsbeginn um 17.00 Uhr sich bewährt hat und wieder eingeführt werden sollte. Außerdem hält sie eine Unterbrechung der Sitzung und Weiterführung in der nächsten Woche für nicht praktikabel, da es dadurch zu Kollisionen mit Sitzungsterminen der Ausschüsse kommen kann.

In der Diskussion, in der das Für und Wider der beiden Anträge diskutiert wird, kommt auch zum Ausdruck, dass Selbstdisziplin bei den Redebeiträgen zu einer kürzeren Sitzungsdauer beiträgt.

Herr Bürgermeister Dünchheim schlägt folgenden Kompromiss vor:

Um 22.00 Uhr werden die Sitzungen des Rates vom Bürgermeister unterbrochen. Er erzielt mit den Fraktionsvorsitzenden eine einvernehmliche Regelung, ob die Sitzung abgebrochen und vertagt wird oder nicht. Einigt man sich auf Vertagung der Sitzung, wird zunächst noch der nichtöffentliche Teil der Sitzung durchgeführt. Wird kein Einvernehmen erzielt, wird die Sitzung weitergeführt.

Dieser Kompromissvorschlag wird bei 14 Gegenstimmen (11 SPD, 2 Grüne, 1 F.D.P.) mit 23 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Peto, 1 MBM) angenommen.

**Ö 20. 2000/0424 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2000**  
**"Terminierung von Sitzungen des Rates und der Ausschüsse"**

s. TOP Ö 19.

**Ö 21. 2000/0425 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.03.2000**  
**"Berufung eines ständigen Mitgliedes mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport"**

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist darauf, dass dem Anliegen des Antrages aufgrund der Bestimmungen der Gemeindeordnung nur so entsprochen werden kann, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport um einen sachkundigen Einwohner aufgestockt wird und dieser in der nächsten Ratssitzung namentlich gewählt wird.

Die SPD-Fraktion äußert ihre Verwunderung über diesen CDU-Antrag, da im Fachausschuss Einvernehmen über die Beteiligung eines Vertreters des Stadtsportverbandes bestand.

Hierzu gibt es eine Diskussion. Der Geschäftsordnungsantrag aus der Fraktion Die Grünen auf Ende der Debatte wird bei 1 Gegenstimme (SPD) angenommen.

Der Bürgermeister wird den Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung am 08.06.2000 setzen.

**Ö 22. 2000/0426 Antrag der CDU-Fraktion vom 31.03.2000**  
**"Weitere Variante zur Gestaltung des Baumberger Dorfplatzes"**

Die Fraktion Die Grünen hält die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene weitere Variante für nicht gut, ist aber damit einverstanden, sie mit in die Bürgerbeteiligung aufzunehmen.

Die SPD-Fraktion stellt die Frage, wann die Bürgerbeteiligung stattfindet und was die von der CDU-Fraktion gewünschte weitere Variante kostet. Sie hält eine Klärung hinsichtlich des Lärmschutzes für erforderlich.

Die Verwaltung führt aus, dass die Bürgerbeteiligung Ende Mai stattfinden soll. Die Kosten werden bis dahin geprüft, ebenso die Notwendigkeit des Lärmschutzes.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**Ö 23. 2000/0427 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2000**  
**"Einkaufszentrum am Holzweg: Attraktivitätssteigerung und verkehrssicherer, gefahrenfreier Fußgängerüberweg"**

Die Verwaltung stellt die Möglichkeit vor, durch die Verlegung eines Haltebalkens und Entfernung des Rechtsabbiegers auf der Geschwister-Scholl-Straße eine bessere Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger zu schaffen. Aus der Fraktion Die Grünen kommt der Vorschlag, über eine Tempo 30-Regelung auf dem Holzweg nachzudenken.

Die SPD-Fraktion verweist auf die Untersuchung der Verwaltung zur Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen, wonach sich der Kreuzungsbereich Geschw.-Scholl-Str./Holzweg für die Umge-

staltung zu einem Kreisverkehr gut eignet. In diesem Zusammenhang sollte eine umfassende Verbesserung der Situation geprüft werden. Die Frage nach dem Verkehrsentwicklungsplan wird von der Verwaltung dahingehend beantwortet, dass die Vergabe im nächsten Fachausschuss erfolgen soll.

Die SPD-Fraktion erinnert daran, dass für den gesamten Bereich ein Gestaltungskonzept gefordert wurde. Der Bürgermeister betont, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept seit dem 15.03.1999 vorliegt.

Er sagt zu, dass die Verwaltung die Anregungen aufnimmt und auch die Werbegemeinschaft mit in die weiteren Planungen einbeziehen wird.

#### **Ö 24. 2000/0432 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.03.2000 "Soforthilfe für das Sojus 7"**

Der Bürgermeister berichtet über die vielen sehr intensiven Gespräch mit dem Vorstand des Sojus, der peinlich berührt über diesen Antrag sei, da er selbst nur 2 Großveranstaltungen in diesem Jahr durchführen wolle. Die Verwaltung wird für diese beiden Veranstaltungen nach Lösungen suchen. Für die Maiveranstaltung zeichnet sich eine Lösung ab mit der Monheimer Brauerei, mit der Sojus in Gesprächen ist. Die Lösung für die Dezemberveranstaltung steht noch aus.

Der Bürgermeister setzt den Rat vom Stand des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Kenntnis und führt aus, dass eine Ortsbesichtigung der 9. Kammer des Verwaltungsgerichtes stattgefunden hat. Die in Auftrag gegebenen Schallschutzgutachten für den Bereich Diskothek und Café sind positiv ausgefallen, sodass die Verwaltung gestärkt in das weitere Verfahren gehen kann.

Die SPD-Fraktion berichtet ihrerseits von Gesprächen mit den Vertreten des Sojus, die sich von den Verhandlungen mit der Stadt mehr versprochen hätten. Für das Sojus sei wichtig, große Veranstaltungen mit vielen Besuchern auch über 22.00 Uhr hinaus durchführen zu können. Nur durch die hierbei zu erzielenden Einnahmen habe der Verein eine Überlebenschance. Die SPD-Fraktion hält es deshalb für zwingend erforderlich, dass schnellstmöglich alternative Räumlichkeiten für den Verein gefunden werden.

Der Bürgermeister bezeichnet den Redebeitrag aus der SPD-Fraktion als „Torso der Lächerlichkeit“. Er verweist auf die Bemühungen der Verwaltung in dieser Angelegenheit und den ständigen Kontakt mit dem Verein. Er ist der Meinung, dass man es dem Verein überlassen sollte, Anträge zu stellen, da ansonsten die Atmosphäre vergiftet werde.

Aus der CDU-Fraktion wird der Antrag als erledigt betrachtet und der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte gestellt.

Diesem Antrag wird mit Mehrheit entsprochen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird bei 11 Stimmen dafür (SPD) und 5 Enthaltungen (2 Grüne, 2 Peto, 1 F.D.P.) mit 21 Stimmen (BM, 19 CDU, MBM) abgelehnt.

Die Fraktion Die Grünen übt Kritik an der Verhandlungsführung des Bürgermeisters und der Wertung des SPD-Wortbeitrages als „Torso der Lächerlichkeit“. Sie verweist auf die Verpflichtung des Bürgermeisters, die Sitzung sachlich und unparteiisch zu leiten.

Herr Bürgermeister Dünchheim nimmt seine Äußerung zurück. Er begründet seine Verärgerung über diesen Antrag und verweist nochmals darauf, dass die Verwaltung in der Angelegenheit Sojus seit langem tätig ist und solche Anträge auch die Motivation der Mitarbeiter untergraben.

**Ö 25. 2000/0428 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 28.03.2000  
"Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialhilfe"**

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller berichtet der Bürgermeister, dass es beim Kreis Mettmann als Träger der Sozialhilfe einen Fachdienst Sozialhilfe und den Außendienst zur Bekämpfung von Schwarzarbeit gibt, die die vom Antragsteller beantragten Aufgaben wahrnehmen. Er verweist darauf, dass die Gemeinden nach Inkrafttreten des neuen Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetzes stärker an den Kosten der Sozialhilfe beteiligt werden und die Verwaltung dann darüber nachdenken wird, inwieweit durch den Außendienst intensiver nachgeprüft werden sollte.

Die SPD-Fraktion verweist auf die sehr ausführliche Behandlung dieses Themas in der letzten Sitzung des Fachausschusses, zu der umfangreiche Unterlagen vorlagen und berichtet, dass gerade die Vertreterin der F.D.P. in der Sitzung sehr gezielt nachgefragt hat. Sie äußert vor diesem Hintergrund ihre Verwunderung über diesen Antrag, den sie für erledigt hält und empfiehlt, ihn zurückzuziehen. Andernfalls signalisiert sie die Ablehnung des Antrages durch ihre Fraktion.

Auch die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass der Antragsteller in Anbetracht der Ausführungen des Bürgermeisters und der SPD-Fraktion den Antrag zurückziehen sollte.

Die Fraktion Die Grünen hält das Thema für erschöpfend diskutiert und setzt darauf, dass durch die verstärkte Beratungstätigkeit des Sozialamtes, die durch einen Bonus honoriert wird, viele Menschen aus der Sozialhilfe herausgeholt werden. Auch sie empfiehlt, den Antrag zurückzuziehen.

Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.

**Ö 26. 2000/0431 Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.03.2000  
"Situation im Einzelhandel in Monheim am Rhein"**

Der Bürgermeister beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1. und 2.

Es sind mehrere Gespräche mit der Tengelmann-Gruppe geführt worden. Sie steht vor einer völligen Neustrukturierung. Von 1400 bestehenden Filialen sollen ca. 50 % geschlossen und nach neuen Nutzern gesucht werden. In Monheim sind die Filialen am Lerchenweg und an der Benrather Straße betroffen; die Filiale im Einkaufszentrum am Holzweg wird nicht betroffen sein. Die Standorte Lerchenweg und Benrather Straße werden aufgegeben, weil dort der von der Tengelmann-Gruppe angesetzte Mindestumsatz nicht erreicht wird. Tengelmann versucht, Nachmieter zu finden, die von ihr angesprochenen Lebensmittelketten Eurospar, Edeka und Rewe sind an den Standorten nicht interessiert. Für die Benrather Straße zeichnet sich eine Lösung mit einer relativ neuen Unternehmenskette, evtl. zum 30.06.2000, ab. Der Standort Lerchenweg ist wegen seiner ungünstigen Lage problematisch.

Zu 3.

Der Prozess Stadtmarketing soll neu belebt werden. Auch die Eigentümer der Immobilien sollen mit einbezogen werden, da die Lage im Einzelhandel durch die oftmals horrenden Mieten mit verursacht wird. Letztlich muss dies jedoch zwischen Anbieter und Nachfrager geregelt werden.

Zu 4.

In den Medien war nachzulesen, dass Gespräche von den Betroffenen selbst geführt werden; ein Patentrezept gibt es nicht. Für den Standort Benrather Straße ist eine Lösung in Sicht, letztlich bestimmt jedoch auch hier der freie Markt.

Zu 5.

Die Miethöhe spielte bei der Entscheidung zur Aufgabe der Filialen keine Rolle, entscheidend war der nicht lohnenswerte Standort. Aus diesem Grund sollen neben den Einzelhändlern und Interessenten auch die Eigentümer in die Gespräche mit einbezogen werden. Auch eine Einwirkung auf die Bürger muss zur Stärkung des Einzelhandelsstandortes versucht werden. Insofern ist der Slogan „Kauf in deiner Stadt, damit sie eine Zukunft hat“ nach wie vor mehr als aktuell.

Zu 6.

Der zuständige Kreis Mettmann hat mitgeteilt, dass das Einzelhandelskonzept in Druck ist. Es wird demnächst in geeigneter Runde beraten werden.

Zu 7.

Die Vertragsverhandlungen sind im Endstadium. Um sie nicht zu stören, kann zum jetzigen Zeitpunkt dazu nichts gesagt werden.

Zu 8.

Diese Frage soll anlässlich des Arbeitnehmerempfangs am 04. Mai 2000, der unter dem Thema Einzelhandel steht, mit den Arbeitnehmern diskutiert werden.

Auf die Zusatzfrage aus der SPD-Fraktion nach der Situation des Extra-Marktes am Ernst-Reuter-Platz antwortet der Bürgermeister, dass davon auszugehen ist, dass dieser Standort aufgegeben wird. Zum Gesamtkomplex Neugestaltung und Karstadt-Immobilie kündigt er eine Mitteilung in einer der nächsten Sitzungen an.

Die CDU-Fraktion kritisiert die Vorbemerkungen zu den Anfragen. Sie verwahrt sich gegen den erweckten Eindruck, als habe der Bürgermeister eine unmittelbare Verantwortlichkeit für den Einzelhandel in Monheim. Sie macht deutlich, dass viele der bestehenden Probleme seit Jahren bekannt sind und nicht der neuen Ratsmehrheit angelastet werden können. Sie verweist auf die vielen Geschäftsschließungen während der SPD-Mehrheit im Rat.

Aus der SPD-Fraktion wird der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte gestellt, da unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen beantwortet, jedoch nicht diskutiert werden können.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Situation des Einzelhandels in der Stadt schwierig ist, die Stadt jedoch nur versuchen könne, durch Gespräche und Verhandlungen auf diese Problematik einzuwirken.

**Ö 27. Mündliche Anfragen**

**Ö 27.1 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Jelinek (SPD)  
„Mängel am Sportplatz Kielsgraben“**

Ratsherr Jelinek verweist auf Informationen, wonach am Sportplatz Kielsgraben Mängel aufgetreten sind und fragt an, ob es eine Mängelliste gibt und ob diese Mängel der Gewährleistung unterliegen.

Die Verwaltung sagt hierzu schriftliche Beantwortung zu.

**Ö 27.2 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Enseroth (MBM/F.D.P.)  
„Halteverbotsbeschilderung an der ehemaligen Bushaltestelle  
Hallenbad, Schwalbenstraße“**

Ratsfrau Enseroth hält die Halteverbotsbeschilderung an der ehemaligen Bushaltestelle Hallenbad, Schwalbenstraße für überflüssig und fragt an, ob diese Beschilderung entfernt werden kann.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

**Ö 27.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Budig (SPD)  
„Treppengeländer am Extra-Markt, Ernst-Reuter-Platz“**

Ratsherr Budig verweist darauf, dass das Treppengeländer am Extra-Markt am Ernst-Reuter-Platz in der Vergangenheit zwar repariert wurde, jedoch wieder defekt ist und eine Gefahr, insbesondere für ältere Menschen und Kinder bedeutet. Er fragt an, wann hier eine vernünftige Lösung gefunden wird.

Die Verwaltung sagt eine kurzfristige Abhilfe zu.

**Ö 27.4 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Gronauer (CDU)  
„Gebührenbefreiung für Vereine“**

Ratsherr Gronauer verweist auf einen Beschluss in einer der letzten Ratssitzungen, wonach Vereine keine Gebühren mehr für Genehmigungen etc. zu zahlen haben. Er stellt fest, dass die Verwaltung bis heute diesen Beschluss nicht umsetzt und stellt die Frage an den Bürgermeister, ob er dies abstellen kann.

Der Bürgermeister sagt eine Klärung zu.

**Ö 27.5 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Bosbach (CDU)  
„Behindertenparkplatz Lottenstraße 1“**

Ratsherr Bosbach berichtet, dass der vor dem Haus Lottenstraße 1 eingerichtete Behindertenparkplatz entfallen kann, da der Bewohner dieses Hauses, für den dieser Parkplatz eingerichtet wurde, vor mehr als drei Jahren verstorben ist. Obwohl der Verwaltung dies mitgeteilt

